



Kommentar zum Entwurf der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie

Nachhaltigkeitsstrategie bleibt als SDG-Umsetzungsinstrument unzureichend

1. Einleitung

Wir begrüßen ausdrücklich, dass die 2030-Agenda für die Bundesregierung einen zentralen Stellenwert einnimmt und sie sich zu einer ambitionierten nationalen Umsetzung in Anerkennung der Universalität der Agenda bekannt hat. Die Umsetzung der 2030-Agenda muss dazu beitragen, menschenwürdige Lebensbedingungen für alle Menschen weltweit und in Deutschland zu schaffen. Das umfasst die Überwindung von Armut und Hunger, die Durchsetzung der Menschenrechte sowie Geschlechter-, Generationen- und Verteilungsgerechtigkeit, die Stärkung besonders benachteiligter Gruppen und dies alles unter Wahrung der planetaren Grenzen. Zivilgesellschaft weltweit hat sich zuletzt im Juli 2016 beim High Level Political Forum (HLPF) der Vereinten Nationen (UN), bei dem die Umsetzung der Agenda überprüft werden soll, hinter die 2030-Agenda gestellt und eine zügige Umsetzung gefordert: Schönen Worten müssen nun endlich Taten folgen!

Nachhaltigkeit als Leitbild der Gesellschaft

Einen solchen, ambitionierten Charakter, wie er in der 2030-Agenda formuliert ist, braucht es auch in unserer Nachhaltigkeitspolitik. Sie muss Zielkonflikte, Herausforderungen und Fehlentwicklungen ehrlich benennen und notwendige Maßnahmen zur Verbesserung herausstellen. Nur dann kann Nachhaltigkeit – und damit auch ein Leben in Würde für alle Menschen – als gesellschaftliches Leitmotiv wirklich funktionieren.

Gerne nehmen wir die Möglichkeit wahr, den Entwurf der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie (DNS) zu kommentieren. Im Folgenden soll sich auf einige Schwerpunkte konzentriert werden, ohne Anspruch auf Vollständigkeit. Ergänzend möchten wir auch auf die Kommentierungen unserer Mitglieder, anderer zivilgesellschaftlicher Organisationen, auf unseren Anfang Juli gemeinsam mit dem Forum Menschenrechte, VENRO, dem Global Policy Forum Europe, der Open Knowledge Foundation und terre des hommes Deutschland veröffentlichten Schattenbericht „Deutschland und die UN-Nachhaltigkeitsagenda: 2016 – Noch lange nicht nachhaltig“¹ sowie auf den gemeinsam mit Zivilgesellschaft aus Brasilien, Kolumbien, Deutschland, Liberia, Südafrika, Tansania, Timor-Leste und Tunesien erarbeiteten Bericht „Champions to be? – Making the 2030-Agenda a Reality“² hinweisen.

¹ Den Bericht finden Sie unter anderem auf der Webseite des Forum Umwelt und Entwicklung unter <http://www.forumue.de/deutschland-und-die-un-nachhaltigkeitsagenda-2016-noch-lange-nicht-nachhaltig/> sowie auf der Webseite www.2030-report.de.

² Den Bericht finden Sie unter: <http://www.forumue.de/champions-to-be-making-the-2030-agenda-a-reality/>.

Darüber hinaus verweisen wir erneut auf unser im breiten zivilgesellschaftlichen Verbund veröffentlichtes Positionspapier „Die Umsetzung der globalen 2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung“³ aus dem Februar 2016, in welchem konkrete Anforderungen an die Umsetzung der SDGs in und durch Deutschland – und damit auch an die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie – formuliert wurden.

2. Anmerkung zu: Struktur der DNS und SDG-Umsetzung

Grundsätzlich müssen alle SDGs in dreierlei Weise konsequent umgesetzt werden: Es geht um ihre Wirkungen sowie die politische Weichenstellung in Deutschland, die Auswirkungen deutscher Politik über nationale Grenzen hinaus und auf die globalen Gemeinschaftsgüter sowie die Unterstützung anderer Länder bei deren nationaler Umsetzung. Eine Strukturierung der DNS gemäß den 17 SDG ist somit sinnvoll und zeigt, dass die DNS eine wichtige Rolle in der Umsetzung der 2030-Agenda spielen kann.

Wir begrüßen, dass die Federführung für Nachhaltigkeit beim Bundeskanzleramt liegt, und dass sich auch andere Ressorts intensiv mit der Umsetzung der SDG in ihren jeweiligen Fachbereichen auseinandersetzen. Auch die explizite Erwähnung der Länder und Kommunen in der Umsetzung der 2030-Agenda und Nachhaltigkeit im Allgemeinen nehmen wir positiv zur Kenntnis. Erfreulich ist zudem, dass sich Deutschland bereit erklärt hat, 2016 und 2021 beim HLPF zu berichten.

Das Interesse der Bundesregierung, die Neuauflage der Nachhaltigkeitsstrategie in einen konsultativen Prozess einzubauen, begrüßen wir ebenfalls. Der Ausbau der Dialogformate mit der Zivilgesellschaft ist ein positiver Schritt zu mehr Transparenz und Verankerung von Nachhaltigkeit in gesellschaftlichen Debatten. Die DNS ist ein wichtiges Steuerungselement, dessen Bedeutung auch in der Zivilgesellschaft anerkannt wird, insbesondere auch aufgrund des politischen und gesellschaftlichen Diskurses, der mit ihr einhergeht. Wir sind zudem aufgeschlossen gegenüber der Beteiligung an einem inklusiven, effektiven, selbstkritischen und angemessenen Prozess in der Umsetzung der Agenda in den nächsten Jahren.

Bisher kein hohes Ambitionsniveau in der Umsetzung der 2030-Agenda

Und doch: Trotz der aktiven Rolle der Bundesregierung in den Verhandlungen der 2030-Agenda, ihrem frühen Bekenntnis zur Umsetzung und Berichterstattung sowie des Umfangs der DNS lässt sich in der Strategie kein sonderlich hohes Ambitionsniveau für die Überwindung der Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten und die Reduktion des ökologischen Fußabdrucks unserer Gesellschaft entdecken. Um eine wirkliche Strategie zu werden, wie sie von verschiedenen Seiten der Bundesregierung glaubhaft gewünscht wird, braucht die DNS eine deutliche Zukunftsorientierung, die stringente Wege zu mehr Nachhaltigkeit aufführt und große Baustellen deutlich benennt. Die DNS ist hiervon weit entfernt. Auch fehlt ihr in ihrer jetzigen Form eine klare Struktur und Übersichtlichkeit, die für die Kommunikation und Nutzbarkeit notwendig wäre.

Hinzu kommt, dass die DNS laut Kabinettsbeschluss aus dem Jahr 2014 nur ein wesentlicher Rahmen zur Umsetzung der 2030-Agenda ist. Somit bleibt unklar, wie die unterschiedlichen Aktivitäten der Bundesregierung (inklusive der Nachhaltigkeitsstrategie), der einzelnen Ressorts, der Länder und der Kommunen sich zusammenfügen, der Umsetzung der 2030-Agenda zugeordnet werden können und Kohärenz hergestellt werden kann.

³ Das Positionspapier finden Sie unter: <http://www.forumue.de/die-umsetzung-der-globalen-2030-agenda-fuer-nachhaltige-entwicklung/>.

Anregungen für die Überarbeitung:

- Zur Umsetzung der 2030-Agenda in und durch Deutschland muss ein **umfassender und verbindlicher nationaler Umsetzungsplan** erstellt werden. Dieser sollte die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie umfassen, muss jedoch deutlich darüber hinausgehen, mit der Zivilgesellschaft diskutiert und vom Bundestag beraten und beschlossen werden. Die Querverbindungen zu anderen nationalen Strategien (z.B. *Klimaschutzplan, Nationale Biodiversitätsstrategie*) müssen klar aufgezeigt und bei der Umsetzung berücksichtigt werden. Bei den Umsetzungsaktivitäten der Bundesregierung muss die Zivilgesellschaft einbezogen werden.
- Die Umsetzung der 2030-Agenda erfordert **institutionelle Reformen**: Ein entsprechend aufgewerteter Parlamentarischer Beirat für Nachhaltige Entwicklung (PBNE) könnte im Monitoring der SDG-Umsetzung eine zentrale Funktion übernehmen. Zudem müssen ausreichend personelle und finanzielle Ressourcen auf allen Ebenen (Bund, Länder, Kommunen, Zivilgesellschaft, Fachbehörden wie statistische Ämter usw.) bereitgestellt werden.
- Für alle Ziele, Maßnahmen und Aktivitäten und Indikatoren im Kontext der Umsetzung der SDG gilt: **Die Menschenrechte und soziale, ökologische und wirtschaftliche Dimensionen müssen berücksichtigt sowie regelmäßig nachjustiert** werden. Die Umsetzung sollte nicht nur an den Bedürfnissen und Rechten gegenwärtiger, sondern gleichermaßen an denen zukünftiger Generationen ausgerichtet sein.
- Die DNS braucht einen klaren **prozeduralen Rahmen nach ihrer Verabschiedung** und muss dafür Umsetzungsschritte, Meilensteine und eine Roadmap benennen: Wie sollen Nachhaltigkeit und die in der Strategie genannten Maßnahmen und Indikatoren bis 2020, 2025, 2030 und darüber hinaus erreicht werden? Die Umsetzungsbeiträge der Kommunen, Landkreise und Länder sollten koordiniert und darüber berichtet werden.
- Die **Aufgaben und Herausforderungen für die unterschiedlichen Ebenen** müssen auch in der DNS klar benannt werden. Insbesondere die Herausforderungen der Integration von Nachhaltigkeit im tagespolitischen Geschehen für die jeweiligen Ebenen (z.B. *für Kommunen: Finanzierung, Integration von MigrantInnen und Geflüchteten, öffentliche Beschaffung, Digitalisierung*) sind in der DNS nicht ausreichend adressiert. Zudem ist auffällig, dass die Strategie keinen klaren Bezug zur europäischen Ebene setzt. Dies erscheint aber im Kontext der politischen Rolle der EU sowie derzeitigen Entwicklungen auf europäischer Ebene (*Migration und Flucht; Widerstand Handelsabkommen; wachsende soziale Ungleichheit; zunehmende Unzufriedenheit mit der EU; Folgen von BREXIT; Folgen der Austeritätspolitik in Südeuropa; Folgen von EU-Programmen wie REFIT, Fitnesscheck für Naturschutz; etc.*) als dringend erforderlich und ein wichtiges Zeichen in Richtung europäischer Integration.
- Die Bundesregierung muss sich **selbstverpflichten, regelmäßig beim HLPF** zu berichten, hierbei auch konkret auf die ständige Überarbeitung der DNS hinweisen. Regelmäßige Berichte beim HLPF können beispielsweise jeweils ein Jahr nach dem nächsten Fortschrittsbericht erfolgen, dies gilt auch für den Zeitraum nach 2021 (nächstes Berichtsjahr der Bundesregierung beim HLPF laut ihrem HLPF-Bericht). Insbesondere international muss zudem deutlich werden, dass die DNS nur ein Baustein in der Umsetzung der 2030-Agenda ist. Die nationalen und internationalen Berichte sowie die DNS sollten vom Bundestag debattiert werden. Über den Umsetzungsstand sollte die Bundesregierung alle Bundestagsausschüsse und die Zivilgesellschaft regelmäßig informieren.

- Die bisherigen Konsultationsformate werden dem sektorübergreifenden Anspruch der 2030-Agenda nicht gerecht. Daher sollten diese in Zukunft um ein beim Staatssekretärsausschuss angesiedeltes **Dialogformat mit zivilgesellschaftlichen Akteuren** ergänzt werden, das regelmäßig tagt und sich sowohl mit der allgemeinen Umsetzung der SDGs in, mit und durch Deutschland befasst als auch wechselnde thematische Schwerpunkte setzen, um die verschiedenen Bundesressorts stärker einzubinden als bisher. Die Sitzungen dieses Formats sollten rechtzeitig anberaumt werden, die Teilnehmenden sollten die Tagesordnung mitgestalten können und die Liste der Teilnehmenden sowie die Protokolle der Sitzungen sollten öffentlich zugänglich sein. Es sollte den relevanten Verbänden und Organisationen überlassen werden, wer sie vertritt. Um dem Anspruch der 2030-Agenda gerecht zu werden, niemanden zurückzulassen, muss sichergestellt werden, dass auch gesellschaftlich benachteiligte Gruppen vertreten sind. Auch muss sich die Bundesregierung für eine Stärkung zivilgesellschaftlicher Akteure weltweit einsetzen, die u.a. auch an der Umsetzung der 2030-Agenda beteiligt werden und deren relevante Expertise berücksichtigen.

3. Anmerkungen zu: Kapitel C - Aktivitäten der Bundesregierung

Die DNS beschreibt zu jedem SDG umfassend die Aktivitäten der Bundesregierung. Hierbei werden viele wichtige Bereiche angesprochen und Bezug auf die 2030-Agenda genommen. Wir begrüßen, dass dadurch wichtige Aufgaben wie Armut- und Hungerbekämpfung in den Vordergrund gestellt werden und nun Themen wie Wasser, Meere, Ökosysteme und Konsum in der Nachhaltigkeitsstrategie berücksichtigt werden, die bis dato darin keine Erwähnung gefunden haben.

Status Quo wird nicht hinterfragt

Aber: Vor allem die kritische Auseinandersetzung mit dem Status Quo erfolgt – auch in der DNS – selektiv und unvollständig. Zwar wird Deutschland national wie auch international oft als Vorreiter in Sachen Nachhaltigkeit bezeichnet, tatsächlich ist Deutschland aber weit davon entfernt, Nachhaltigkeit konsequent in allen Politikbereichen verankert zu haben. Nicht nur werden Fortschritte in der Nachhaltigkeitspolitik nur zögerlich begangen, auch gehen weite Teile der Politik in die völlig falsche Richtung.

Ein zentraler Schwachpunkt der DNS liegt somit auch darin, dass sie nur wenig an aktuellen gesellschaftspolitischen Debatten anknüpft und Probleme nicht offen benennt. Es gibt Politikbereiche, die grundlegend auf den Prüfstand gehören, weil dort nicht etwa der Fortschritt in Richtung Nachhaltigkeit zu langsam wäre, sondern weil es nach wie vor in die falsche Richtung geht (z.B. *Landwirtschafts-, Verkehrs- oder Handelspolitik*). Themen wie die sozial-ökologische Transformation, Einhaltung der planetaren Grenzen, Verteilungs-, Geschlechter- und Generationengerechtigkeit, soziale Gerechtigkeit, gute Arbeit (*inkl. Regulierung von Leiharbeit und Werkverträgen, etc.*), die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens (*inkl. eines von einem Strukturwandel begleiteten Kohleausstiegs*) und Lösungen für ein gesellschaftliches Auseinanderdriften in Deutschland und Europa finden keine angemessene Erwähnung bzw. angemessene, ambitionierte Maßnahmen.

Maßnahmen ohne Lösungen

Ferner bleibt weitestgehend unklar, wie die genannten Aktivitäten der Bundesregierung konkret zur SDG-Umsetzung und nachhaltiger Entwicklung beitragen (können) und wie die Kohärenz zwischen den Maßnahmen in den verschiedensten Politikfeldern gewährleistet werden soll. Es wird vielmehr aufgelistet, welche Maßnahmen existieren, konkrete Lösungen werden aber kaum benannt. Die genannten Aktivitäten spiegeln sich dabei im Großen und Ganzen nicht in Indikatoren wider. Bei den meisten Aktivitäten bleibt darüber hinaus offen, bis wann, wie und mit welchen Ressourcen diese umgesetzt werden sollen und wie, wann und durch wen die Zielerreichung überprüft werden soll.

Es werden diverse Maßnahmen als SDG-Umsetzung eingeordnet, die bereits gelaufen sind (z.B. *Einführung Mindestlohn; Erarbeitung einer Zukunftsstrategie zum Ökologischen Landbau*). Sie können somit lediglich als Status-Quo-Beschreibung dienen, nicht aber als SDG-Umsetzungsmaßnahmen im Zeitraum 2016-2030.

Des Weiteren werden Aktivitäten genannt, die zu kurz greifen oder bei denen bereits jetzt Umsetzungsprobleme vorherrschen (z.B. *schwache Ergebnisse bei der Erarbeitung eines Nationalen Aktionsplans Wirtschaft und Menschenrechte; Aktivitäten der Bundesregierung gegen Steuervermeidung im Rahmen G20/OECD (siehe dazu Widerstand der Bundesregierung gegen die Einrichtung eines zwischenstaatlichen Steuergremiums auf UN-Ebene); unkritische Auseinandersetzung mit Effizienz und technischen Lösungen (z.B. Kreislaufwirtschaftspakete führen nicht zu Abnahme von Verpackungsmüll; Rebound-Effekte); Umsetzungsprobleme bei Natura 2000; unzureichende Maßnahmen zu Schadstoffbelastungen in der Umwelt; Reduktion von 40 Prozent beim Endenergieverbrauch bis 2050 viel zu wenig; Schwächung des Ausbaus der Erneuerbaren Energien; Fehlen konkreter Anforderungen an die künftige Gemeinsame Agrarpolitik (GAP 2021-2027); Anpassung der Düngeverordnung reicht nicht aus zur Reduzierung von Stickstoffüberschuss; zu positive Darstellung von Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit*).

Fehlende Auseinandersetzung mit nicht-nachhaltigen Praktiken

Die DNS führt darüber hinaus Maßnahmen an, die nicht als nachhaltig angesehen werden können und von der Zivilgesellschaft zum Teil explizit abgelehnt werden (z.B. *Bundesverkehrswegeplan; climate smart agriculture; Ausrichtung der deutschen Wirtschafts- und Finanzpolitik auf eine Verstärkung der Wachstumsdynamik und eine Erhöhung des Wachstumspotenzials; Türkei-Deal in der Flüchtlingspolitik; Aufweichung der ODA-Quote durch Anrechnung der Anzahl ausländischer Studierender sowie Kosten durch Geflüchtete im Inland*). Hinzukommt, dass einige Bereiche klare Rückschritte aufweisen (*Streichung des Verlagerungsziel für einen höheren Marktanteil des klimafreundlichen Schienengüterverkehrs; kaum Bezug auf prognostiziertes Wachstum des Güterverkehrs; CO₂-Emissionen des Verkehrssektors*).

Darüber hinaus werden viele Bereiche, in denen Deutschland nicht nachhaltig ist, gar nicht erwähnt, eine kritische Auseinandersetzung mit den Auswirkungen deutscher Politik ist kaum vorhanden (z.B. *Auswirkung unseres Lebensstils/ Wohlstands und nicht-nachhaltiger Wirtschaftsweisen auf andere Länder; Ökologischer Fußabdruck; Ressourcennutzung und -importe; Glaube an technische Lösungen, Innovationskraft der Industrie und Effizienz; Privatisierung und Kommerzialisierung öffentlicher Güter; Waffenexporte in Krisenländer oder an nichtdemokratische Staaten; Verletzung von Umwelt- und Sozialstandards durch deutsche Firmen oder deren Zulieferer; Kontrolle der durch Subventionen verursachenden Umweltlasten; Transparenz und Regulierung der Finanzmärkte; Bekämpfung von Korruption in Deutschland*).

Außerdem werden Maßnahmen positiv hervorgehoben, die nach Wahrnehmung der Zivilgesellschaft in der Politik der Bundesregierung schlicht nicht existieren (z.B. *Politik für ein faires und offenes Welthandelssystem inklusive Einbeziehung betroffener Akteure in dessen Ausgestaltung; Kohärenz von Agrar-, Handels-, und Entwicklungspolitik*).

Menschen wollen Nachhaltigkeit

Und schließlich werden konkrete, schon in der gesellschaftlichen Debatte existierende Lösungsmöglichkeiten oft nicht (ausreichend) aufgeführt (z.B. *Verkehrswende; Postwachstum-Diskurse; Alternative Handelspolitik; Alternative Agrarpolitik; sozial- und umweltgerechte Siedlungspolitik*). Dabei sind die Gesellschaft und die VerbraucherInnen oft längst weiter als die Politik, weshalb wir die Bundesregierung ausdrücklich ermutigen wollen, Fortschritte auch gegen die Beharrungskräfte des Status Quo durchzusetzen.

Zwei Beispiele: (1) *Niemand in Deutschland demonstriert für mehr weltmarktorientierte Agrarindustrie – im Gegenteil, längst gibt es Bündnisse von VerbraucherInnen, Bauern und Bäuerinnen, Umwelt- und*

TierschützerInnen für mehr Regionalität, Umweltschutz und Tierschutz sowie faire Erzeugerpreise in der Landwirtschaft. Die Massentierhaltung und auch solche Irrwege wie Turbo-Kühe haben heute keine gesellschaftliche Akzeptanz mehr, wie selbst der Wissenschaftliche Beirat des BMEL feststellt. Der Absatz dieser Produkte geht konsequenterweise zurück. Deutschland muss Bio-Lebensmittel importieren, weil die heimische Landwirtschaft zu wenig davon erzeugt – und das BMEL kümmert sich prioritär um neue Exportmärkte für Billigware aus Massentierhaltung, weil der Absatz im Inland sinkt. Qualität importieren, billige Massenware exportieren – keine andere Branche in Deutschland setzt auf dieses Modell.

(2) Eine weniger autozentrierte Verkehrspolitik fordern immer mehr Menschen, in Berlin inzwischen schon per Volksbegehren – die Bundesregierung plant dagegen mit dem Bundesverkehrswegeplan weitere milliardenschwere Investitionen in eine autozentrierte Infrastruktur. Er setzt viel zu stark auf Neubauprojekte im Straßenverkehr und muss deshalb nachjustiert und an Nachhaltigkeitskriterien ausgerichtet werden. Er muss sich als steuernde Planung und nicht als pure Aneinanderreihung von gemeldeten Landesprojekten verstehen, um ökologisch sinnvolle Alternativen zu fördern. Im Straßenverkehr muss es zukünftig darum gehen, bestehende Infrastruktur an nachhaltige Mobilitätskonzepte anzupassen..

Die Nachhaltigkeitsstrategie verpasst somit in ihrer derzeitigen Version die Chance, ein Instrument einer zukunftsweisenden und von der Bevölkerung eingeforderten Politik zu sein. Ohne diesen ehrgeizigen Anspruch wird sie wie in der Vergangenheit ein wenig beachtetes Strategiepapier bleiben, dessen Wirkung sich auf einige wenige Modellbereiche beschränkt. Im Angesicht der dramatischen Lage von Umwelt, Menschenrechten und sozialen Bedingungen in der Welt sowie des enormen Einflusses deutscher Politik auf die Welt – sowohl die zahlreichen negativen Auswirkungen wie auch die möglichen, von der Zivilgesellschaft eingeforderten partnerschaftlichen, progressiven Maßnahmen - ist das sehr bedauerlich und wird der Vision der 2030-Agenda bei Weitem nicht gerecht.

Anregungen für die Überarbeitung:

- Die DNS sollte eine **ehrlche Bestandsaufnahme nicht nur der positiven Maßnahmen sondern insbesondere auch der schwierigen, nicht nachhaltigen Politikfelder** auführen. Nur dann kann eine wirklich zukunftsweisende Strategie entwickelt werden. Es stellt sich die Frage, ob im Rahmen der Kommunizierbarkeit und Handhabbarkeit der Strategie die Auflistung aller Aktivitäten der Bundesregierung überhaupt notwendig ist.
- Die Inkohärenz zwischen den genannten Aktivitäten der Bundesregierung sowie den im Vergleich dazu sehr selektiv ausgewählten, wenigen Indikatoren macht deutlich: **Die DNS eignet sich nicht als primäres Werkzeug**, um die SDG in und durch Deutschland angemessen umzusetzen. Es zeigt sich erneut, dass es einen übergeordneten Umsetzungsplan braucht, um den SDG gerecht zu werden. Sämtliche Gesetzesvorhaben und Sektorpolitiken müssen künftig auf Kompatibilität mit der 2030-Agenda bzw. einem solchen Umsetzungsplan geprüft und ggf. korrigiert werden. Dies gilt auch für die Politik der Bundesregierung auf EU-Ebene sowie in internationalen und multilateralen Institutionen. Darüber hinaus sollten alle Ressorts regelmäßig 2030-Agenda-Kohärenzberichte zu ihren Politiken verfassen. Der Zivilgesellschaft müssen alle erforderlichen Informationen zur Verfügung gestellt werden und es muss ermöglicht werden, die Berichte zu kommentieren und die Ergebnisse mit Bundestag und Bundesregierung zu diskutieren.
- Die DNS formuliert deutlich, dass sich die **Umsetzung von Maßnahmen in haushalts- und finanzpolitische Vorgaben** einfügen muss. Die Frage der Schuldenbremse wird dabei sehr einseitig diskutiert, vielmehr brauchen wir dringend Zukunftsinvestitionen. Unklar ist in diesem Zusammenhang, ob es mehr finanzielle Unterstützung für Nachhaltigkeit geben wird, vor allem im Kontext des

Festhaltens an der „schwarzen Null“ und inwiefern sichergestellt werden kann, dass die Finanzierung bzw. Relevanz von Nachhaltigkeit auch über Legislaturperioden hinaus gewahrt bleibt. Gänzlich unerwähnt bleibt eine ökologische Finanzreform, mit der ökologisch schädliche Subventionen abgebaut werden sollten – vom Umweltbundesamt werden diese seit vielen Jahren detailliert aufgelistet. Mit der gleichen Energie, mit der die Politik die Haushaltskonsolidierung vorantreibt, sollte sie auch eine „ökologische Schuldenbremse“ angehen und die schrittweise Verlagerung der Steuer- und Abgabenlast weg vom Faktor Arbeit hin zum Faktor Ressourcen angehen. Hierzu gehört auch die Abschaffung umweltschädlicher Subventionen auf nationaler, europäischer und globaler Ebene vor allem im Energie-, Verkehrs- und Agrarbereich. Darüber hinaus bedarf es steuerlicher Anreize für Investitionen in Klima-, Umwelt- und Naturschutz. Frei werdende Mittel sind gezielt zur Bewältigung von Zukunftsaufgaben und für die Förderung von ressourcenschonenden und ökologisch-sozialen Innovationen einzusetzen.

4. Anmerkungen zu: Kapitel C - Indikatoren

Die Aufnahme neuer Indikatoren in die DNS ist zunächst einmal begrüßenswert. Auch ist prinzipiell unterstützenswert, dass ein Großteil der Indikatoren aus der alten Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie (NHS) übernommen und den verschiedenen SDGs zugeordnet wurde, wodurch die nicht erreichten Maßnahmen nicht einfach beiseitegeschoben wurden, sondern die Kontinuität der Nachhaltigkeitsstrategie gewahrt wurde.

Indikatoren sind selektiv und unvollständig

Dennoch weist der Entwurf insbesondere mit Blick auf die Indikatoren große Lücken auf. Die Indikatoren sollen als Schlüsselindikatoren wirken, wobei nicht definiert ist, was das genau bedeutet, und nicht klar ist, auf welcher Grundlage sie ausgewählt wurden. Vor allem sind diese Schlüsselindikatoren nicht zwangsläufig repräsentativ. Sie bilden nicht die breite Zielsetzung des jeweiligen SDGs ab und es fehlt vielfach an Passgenauigkeit und Differenzierung, wodurch die Indikatoren beliebig wirken (z.B. *Artenvielfalt Indikator bildet Ökosystem nur unzureichend ab und ist nur ein Indikator aus komplexer Naturschutzoffensive; Indikatoren zu Geschlechtergerechtigkeit sind nur auf Beschäftigung beschränkt; Textilbündnis ist nur ein Anfang, wichtiger: Einhaltung festgelegter Standards; Beschränkung auf staatliche Siegel ist zu eng; BIP nicht ausreichend zur Messung von Wohlstand; Endenergieverbrauch des inländischen Verkehrs als Messgröße für den gesamten Verkehr ist als einzige Kennzahl viel zu pauschal; Indikator „Nachhaltiger Konsum“ muss sicherstellen, dass nicht nur der Energieverbrauch in der Nutzungsphase im Fokus steht, sondern der Ressourcenverbrauch über den gesamten Lebenszyklus*). Somit ist der Aussage, die Indikatoren gäben in ihrer Gesamtheit „ein Bild des Standes nachhaltiger Entwicklung ab“ nicht zuzustimmen, auch weil nicht klar definiert wird, ob es sich bei dieser Bewertung nur um die Deutschlands oder der Welt handelt.

Zudem findet sich in der DNS keine wirklich umfassende Auseinandersetzung mit der Tatsache, dass sich in den letzten Jahren viele Indikatoren der alten NHS nicht verbessert haben, sondern auf einem sehr schlechten Niveau stehen geblieben sind oder sich teilweise sogar verschlechtert haben (u.a. *die Indikatoren zu Landwirtschaft, Energie und Verkehr*).

Auffällig ist auch, dass insbesondere jene Themen, in denen Deutschland besonders schlecht dasteht, im Bericht keine Erwähnung finden (z.B. *Einfluss der Landwirtschaft auf Biodiversität; Schadstoffbelastungen in Umwelt, im Boden und im Wasserkreislauf; Rüstungsexporte; Finanzierung von Kohlekraftwerken weltweit*)

Fehlende Zieleinheiten und -jahre

Die fehlende Zielbestimmung der Indikatoren, die erst zur Endfassung der Strategie vorliegen soll, erschwert eine Einschätzung des Ambitionsniveaus der tatsächlichen Relevanz der ausgewählten Indikatoren

enorm. So sind die meisten Indikatoren nicht mit Zieleinheit und -jahr versehen. Es bleibt unklar, welche Verbesserungen bezüglich der Vorgängerversion angestrebt werden und in welchem Ambitionsrahmen sich die neuen Ziele bewegen. Auch ist nicht erkennbar, welche Relevanz die Indikatoren und Maßnahmen schließlich haben werden und ob es eine Weiterentwicklung der alten Indikatoren gibt.

Zudem sind in einigen Bereichen die Umsetzungszeiträume von 2020 auf 2030 (z.B. *unzulängliche Verlängerung für Erreichen der ODA-Quote auf 2030*) erweitert worden. Dies ist extrem problematisch. Es muss klar werden, dass mit längerem Zeitraum auch das Ambitionsniveau deutlich zu heben ist.

Anregungen für die Überarbeitung:

- Es ist begrüßenswert, dass die **Ausweitung der DNS auf weitere Indikatoren** derzeit noch diskutiert wird. Dem Argument der Kommunizierbarkeit darf hierbei nicht zulasten einer ambitionierten, umfassenden Strategie nachgegeben werden. Die bisherige Strategie darf nicht als abgeschlossene Übertragung der SDG in die nationale Politik verstanden werden. Spätestens bei der nächsten Überarbeitung der Nachhaltigkeitsstrategie müssen Indikatoren für die noch offenen Themen eingebracht werden. Für diese Indikatoren muss deutlich werden, bis wann eine Erarbeitung geplant ist, wer hierzu konsultiert wird und wie die Auswahl erfolgt. Sowohl für die genannten, die noch offenen wie auch die fehlenden Indikatoren muss der Prozess einer Formulierung transparent gemacht werden und mit entsprechenden Kapazitäten unterlegt sein. Auch wenn noch nicht alle Indikatoren vorliegen, muss auch aus dem Text der Strategie klar erkenntlich werden, dass bestehende Lücken analysiert werden und an einer Verbesserung gearbeitet wird. Auf Grundlage eines kohärenten Nachhaltigkeitskonzepts müssen die Indikatoren entlang von Wirkungsketten deutlich machen, warum existierende strategische Ansätze effektiv sind oder sein sollen und wie sie im Sinne eines Oberziels zusammenwirken.
- Damit die DNS den Charakter einer zukunftsweisenden Strategie einnimmt, müssen Indikatoren besonders auch zu jenen Bereichen entwickelt werden, in denen es bisher besonders wenig Nachhaltigkeit gibt. Wirkliches Ambitionsniveau würde die DNS mit Indikatoren und daran anschließende, verbindliche Maßnahmen zeigen, die direkt an den Schwachstellen der Nachhaltigkeitspolitik in Deutschland ansetzen (z.B. *Recycling und Kreislaufwirtschaft; Energie- und Ressourcenverbrauch; umweltschädliche Subventionen; ökologischer Fußabdruck; Suffizienz; Abbau fossiler Energien; alternative Wohlmessung; Vermögensungleichheit; Wert von Sorgearbeit; Ausbau Ökolandbau; Vermeidung Lebensmittelverschwendung und -verluste; Ausbau nachhaltiger Konsum; Schadstoffe in Ökosystemen; Vortreibung von Waldumbau; Boden (z.B. Senkung Flächeninanspruchnahme auf netto null bis 2030); Reform der Grundsteuer (Bewertungsgesetz, Grundsteuergesetz); Verkehrsvermeidung und Verlagerung auf umweltfreundliche Verkehrsträger*).
- Begrüßenswert ist, dass sich nun einige Indikatoren auf die internationalen Auswirkungen deutscher Politik beziehen. Aber: **Jedes Ziel muss auch internationale Indikatoren haben**. In den Bereichen Armut, Hunger, Bildung und Gesundheit bspw. fehlen diese.
- Die Entscheidung für **Indikatoren darf nicht alleine dem Machbarkeitskriterium** unterliegen. Vielmehr muss politisch evaluiert werden, zu welchen Bereichen Daten und deren Messung notwendig sind und anschließend die entsprechenden Kapazitäten geschaffen werden. Eine Indikatorenauswahl, -messung und -korrektur muss transparent im Dialog mit gesellschaftlichen Gruppen erfolgen und Verantwortlichkeiten hierfür klar benannt werden.
- Eine Beschränkung auf wenige Indikatoren aufgrund der strengen Statuten des Statistischen Bundesamtes ist äußerst problematisch. Es bedarf einer **Reform der zugrundeliegenden Regeln für**

statistische Messungen. Hierbei kann auf die Erfahrung von Wissenschaft und Zivilgesellschaft in der Schaffung, Nutzung und Messung von Daten zurückgegriffen und bestehende Indikatorenvorschläge (z.B. *CFS-Werkzeugkoffer*; *CPI von Transparency International*; *Palma-Ratio*; *Nationler Wohlfahrtsindex*; *Healthy Life Years*; *Transparency Tracker von Saferworld*; *Financial Secrecy Index des Tax Justice Networks*; *Aid Transparency Index von PublishWhatYouFund etc.*) genutzt werden.

- Aus Menschenrechtssicht ist eine **möglichst breite Datenaufschlüsselung** für die Analyse von Ungleichheiten und Diskriminierung essentiell. Inwieweit Indikatoren der Nachhaltigkeitsstrategie aufgeschlüsselt werden, sollte im Einklang mit den menschenrechtlichen Prinzipien der Transparenz, Rechenschaftslegung und Partizipation konsultiert und festgelegt werden.
- In der DNS wird angekündigt, dass Deutschland auch **zu allen Indikatoren des globalen SDG-Indikatorensets berichten** wird. Dies begrüßen wir ausdrücklich. Hierbei muss deutlich werden, wie, wann, wie umfangreich, durch wen, mit welchen Beteiligungsformen und auf der Grundlage welcher Statistiken Deutschland berichtet und ob weitere Kapazitäten auch zur Messung – und damit Sichtbarkeit – verschiedener Politikfelder sowie der dort verankerten Schwierigkeiten geschaffen werden.
- Um international den Eindruck einer Zustimmung zum cherry-picking zu verwehren, muss eine öffentliche **Übersicht erstellt werden, über alle internationalen Politikbereiche, zu denen Deutschland Indikatoren erarbeitet hat oder zu denen man international berichtet.** International sollte sich die Bundesregierung zudem für eine weltweit vergleichbare Darstellungsform der nationalen Umsetzungsberichte einsetzen. Bezüge zu den diversen Nationalen Aktionsplänen und internationalen Berichten der Bundesregierung sollten hergestellt werden.